

Satzung
über die Erhebung von Verwaltungskosten für Amtshandlungen
und Verwaltungstätigkeiten der Stadt Braunschweig
auf dem Gebiete des eigenen Wirkungskreises
(Verwaltungskostensatzung)
vom 16. Juni 1992

in der Fassung der 12. Änderungssatzung vom 8. Dezember 2009
(Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 17 vom 18. Dezember 2009, S. 55)

Aufgrund des § 6 der Niedersächsischen Gemeindeordnung (NGO) in der Fassung vom 22. Juni 1982 (Nds. GVBl. S. 229), zuletzt geändert durch Art. VIII des Gesetzes vom 17. Dezember 1991 (Nds. GVBl. S. 367) und der §§ 1, 2 und 4 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) vom 08. Februar 1973 (Nds. GVBl. S. 41) in der Fassung vom 11. Februar 1992 (Nds. GVBl. S. 29) hat der Rat der Stadt Braunschweig in seiner Sitzung am 16. Juni 1992 folgende Satzung beschlossen:

§ 1
Allgemeines

- (1) Für Amtshandlungen und sonstige Verwaltungstätigkeiten – im nachfolgenden Verwaltungstätigkeiten – im eigenen Wirkungskreis der Stadt Braunschweig werden nach dieser Satzung Gebühren und Auslagen – im nachfolgenden Kosten – erhoben, wenn die Beteiligten hierzu Anlaß gegeben haben.
- (2) Kosten werden auch erhoben, wenn ein auf Vornahme einer kostenpflichtigen Verwaltungstätigkeit gerichteter Antrag abgelehnt oder nach Aufnahme der Verwaltungstätigkeit vor der Entscheidung zurückgenommen wird.
- (3) Die Erhebung der Kosten aufgrund anderer Rechtsvorschriften bleibt unberührt.

§ 2
Kostentarif

Die Höhe der Kosten bemißt sich unbeschadet des § 6 nach dem Kostentarif, der Bestandteil dieser Satzung ist.

§ 3
Gebühren

- (1) Ist für den Ansatz von Gebühren durch den Kostentarif ein Rahmen (Mindest- und Höchstsätze) bestimmt, so ist bei der Festsetzung der Gebühr das Maß des Verwaltungsaufwandes zu berücksichtigen.
- (2) Werden mehrere gebührenpflichtige Verwaltungstätigkeiten nebeneinander vorgenommen, so ist für jede Verwaltungstätigkeit eine Gebühr zu erheben.
- (3) Wird ein Antrag auf Vornahme einer Verwaltungstätigkeit
 - a) ganz oder teilweise abgelehnt,
 - b) zurückgenommen, bevor die Verwaltungstätigkeit beendet ist,so kann die Gebühr bis auf ein Viertel des vollen Betrages ermäßigt werden.
- (4) Die Schlußsumme des Gebührenbetrages ist auf 1/10 Euro abzurunden.
- (5) Wird ein Antrag wegen Unzuständigkeit abgelehnt oder beruht er auf unverschuldeter

Unkenntnis, so kann die Gebühr außer Ansatz bleiben.

- (6) Wird eine zunächst abgelehnte Verwaltungstätigkeit auf einen Rechtsbehelf hin vorgenommen, so wird die für die Ablehnung erhobene Gebühr angerechnet.
- (7) Von einer Gebührenerhebung kann abgesehen werden, wenn die Gebühr 5,00 € nicht erreicht.

§ 4 Gebührenbefreiungen

- (1) Gebühren werden nicht erhoben für
 - 1. mündliche Auskünfte,
 - 2. Zeugnisse und Bescheinigungen in folgenden Angelegenheiten:
 - a) Arbeits- und Dienstleistungssachen
 - b) Besuch von Schulen
 - c) Zahlung von Ruhegehälter, Witwen- und Waisengelder, Krankengelder, Unterstützungen u. dgl. aus öffentlichen und privaten Kassen
 - d) Geschäfte und Verhandlungen, die aus Anlaß der Beantragung, Erbringung oder der Erstattung einer Sozialleistung nötig werden.
 - 3. Verwaltungstätigkeiten, die die Stundung, die Niederschlagung oder den Erlaß von Verwaltungskosten betreffen,
 - 4. steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigungen für die Vergabe öffentlicher Aufträge,
 - 5. Verwaltungstätigkeiten, zu denen
 - a) in Ausübung öffentlicher Gewalt eine andere Behörde im Lande, eine Behörde des Bundes oder die Behörde eines anderen Bundeslandes Anlass gegeben hat, es sei denn, dass die Gebühr Dritten auferlegt oder in sonstiger Weise auf Dritte umgelegt werden kann,
 - b) Kirchen und andere Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften des öffentlichen Rechts einschl. ihrer öffentlich-rechtlichen Verbände, Anstalten und Stiftungen zur Durchführung von Zwecken im Sinne des § 54 der Abgabenordnung Anlass gegeben haben, es sei denn, dass die Gebühr einem Dritten aufzuerlegen ist.
- (2) Von der Erhebung einer Gebühr kann außer den in Abs. 1 genannten Fällen ganz oder teilweise abgesehen werden, wenn daran ein öffentliches Interesse besteht.
- (3) Die Gebührenfreiheit besteht nicht für Amtshandlungen oder Verwaltungstätigkeiten, welche die wirtschaftlichen Unternehmen der in Abs. 1 Nr. 5 Genannten betreffen.

§ 5

Sonderbestimmungen für Gebührenbefreiungen im Bereich des Vermessungswesens

- (1) Verwaltungsgebühren im Bereich des Vermessungswesens (Vermessungsgebühren) werden auch erhoben für Amtshandlungen und sonstige Verwaltungstätigkeiten,
 1. zu denen eine Landesbehörde Anlaß gegeben hat oder zu denen in Ausübung öffentlicher Gewalt eine andere Behörde im Lande, eine Behörde des Bundes oder die Behörde eines anderen Bundeslandes Anlaß gegeben hat,
 2. zu denen Kirchen einschl. ihrer öffentlich-rechtlichen Verbände, Anstalten und Stiftungen Anlaß gegeben haben.
- (2) Vermessungsgebühren können unbeschadet des § 4 Abs. 2 auch erhoben werden, wenn an der Verwaltungstätigkeit ein öffentliches Interesse besteht.

§ 6

Auslagen

- (1) Werden bei der Vorbereitung oder bei der Vornahme einer Amtshandlung Auslagen notwendig, so hat der Kostenschuldner sie, auch wenn die Amtshandlung gebührenfrei ist, zu erstatten; dies gilt nicht, wenn die Auslagen durch die Gebühr abgegolten werden. Auslagen hat der Kostenschuldner auch dann zu erstatten, wenn sie bei einer anderen am Verfahren beteiligten Behörde entstanden sind. Zwischen Behörden werden Auslagen erstattet, wenn diese im Einzelfall 25 Euro übersteigen; dies gilt auch in Fällen des Satzes 2 und auch zwischen Behörden desselben Rechtsträgers.
- (2) Auslagen können insbesondere Aufwendungen sein für
 1. Leistungen Dritter und anderer Behörden,
 2. technische Untersuchungen und Laboruntersuchungen,
 3. Zustellungen und öffentliche Bekanntmachungen,
 4. Dienstreisen und Dienstgänge,
 5. Zeugen, Sachverständige, Dolmetscher und Übersetzer,
 6. Abschriften, Auszüge, Kopien und zusätzliche Ausfertigungen,
 7. Datenträger, mit denen Daten in elektronischer Form geliefert werden,
 8. Telekommunikations- und Postdienstleistungen,
 9. die Beförderung und Verwahrung von Sachen sowie
 10. anlässlich der Amtshandlung entstehende Umsatzsteuer.
- (3) Beim Verkehr mit den Behörden des Landes und beim Verkehr der Gebietskörperschaften im Lande untereinander werden Auslagen nur erhoben, wenn sie im Einzelfall den Betrag von 25,00 € übersteigen.

§ 7

Kostenschuldner

- (1) Zur Zahlung der Kosten ist verpflichtet,
 1. wer zu einer Verwaltungstätigkeit Anlaß gegeben hat,
 2. wer die Kosten durch eine der Stadt gegenüber abgegebene oder ihr mitgeteilte Erklärung übernommen hat,
 3. wer für die Kostenschuld eines anderen Kraft Gesetzes haftet, neben Minderjährigen sind deren gesetzliche Vertreter gebührenpflichtig.
- (2) Mehrere Kostenschuldner sind Gesamtschuldner.

§ 8

Entstehung der Kostenschuld

- (1) Die Gebührenschuld entsteht mit der Beendigung der Verwaltungstätigkeit oder mit der Rücknahme des Antrages.
- (2) Die Verpflichtung zur Erstattung der Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrages.

§ 9

Fälligkeit und Beitreibung der Kostenschuld

- (1) Die Kosten werden mit der Bekanntgabe der Kostenentscheidung an den Kostenschuldner fällig, wenn nicht die Behörde einen späteren Zeitpunkt bestimmt.
- (2) Amtshandlungen und sonstige Verwaltungstätigkeiten können von der vorherigen Zahlung der Kosten oder von der Zahlung oder Sicherstellung eines angemessenen Kostenvorschusses abhängig gemacht werden. Soweit der Vorschuß die endgültige Kostenschuld übersteigt, ist er zu erstatten.
- (3) Rückständige Kostenforderungen werden im Verwaltungszwangsverfahren beigetrieben.

§ 10

Billigkeitsmaßnahmen

- (1) Die Stadt kann von der Erhebung der Kosten ganz oder teilweise absehen, wenn dies im Einzelfall mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Kostenschuldners oder sonst aus Billigkeitsgründen geboten ist.
- (2) Kosten, die dadurch entstehen, daß ein Amt die Sache unrichtig behandelt hat, sind zu erlassen.
- (3) Die Stadt kann die von ihr festgesetzten Kosten stunden, wenn die sofortige Einziehung für den Schuldner mit erheblichen Härten verbunden ist und wenn der Anspruch durch eine Stundung nicht gefährdet wird.

§ 11

Rechtsbehelf

Gegen die Heranziehung zu Kosten nach dieser Satzung kann der Kostenschuldner Widerspruch erheben. Der Widerspruch ist innerhalb eines Monats – vom Tage nach der Bekanntmachung der Kostenschuld an gerechnet – schriftlich oder zur Niederschrift bei der Stadt einzulegen. Er hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 12

Kosten des Rechtsbehelfs

Für die Erhebung von Rechtsbehelfskosten auf dem Gebiete des eigenen Wirkungskreises gilt die Satzung über die Erhebung von Rechtsbehelfskosten in Angelegenheiten des eigenen Wirkungskreises in der jeweils gültigen Fassung.

§ 13

Anwendung des Niedersächsischen Verwaltungskostengesetzes

Soweit diese Satzung keine Regelung enthält, findet nach § 4 Abs. 4 NKAG die Vorschriften des Niedersächsischen Verwaltungskostengesetzes sinngemäß Anwendung.

§ 14

In-Kraft-Treten

- (1) Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Satzung über die Erhebung von Kosten für Amtshandlungen und Verwaltungstätigkeiten der Stadt Braunschweig auf dem Gebiet des eigenen Wirkungsbereiches vom 03. Dezember 1974 (Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 16 vom 20. Dezember 1974 Seite 119) in der Fassung der 3. Änderungssatzung vom 26. September 1984 (Amtsblatt für die Stadt Braunschweig Nr. 8 vom 17. Oktober 1984 Seite 19) außer Kraft.

Stadt Braunschweig

Steffens
Oberbürgermeister

Dr. Bräcklein
Oberstadtdirektor

K O S T E N T A R I F

lfd. Nr.	Gegenstand	Gebühr/ Pauschalbetrag in €		
1	Abschriften, Durchschriften und andere Vervielfältigungen			
1.1	Fotokopien			
1.1.1	Fotokopien, schwarzweiß, je Seite			
1.1.1.1	bis zum Format DIN A 4	0,06	bis	0,60
1.1.1.2	im Format DIN A 3	0,30	bis	1,20
1.1.1.3	bei größeren Formaten bis zu			15,00
1.1.2	Fotokopien, farbig, je Seite	0,90	bis	3,00
	Anmerkungen zu Nr. 1.1:			
	a) Die Gebühr für vom Kostenschuldner selbst erstellte Fotokopien bestimmt sich nach Nr. 1.1. Für von der Behörde erstellte Fotokopien gelten die Pauschbeträge nach Nr. 1.2			
	b) Die Spanne trägt den durch Konstruktion und Einsatzmöglichkeiten der Geräte bedingten Unterschieden in der Höhe des Aufwandes Rechnung. Maßgebend für die Höhe des Pauschbetrages oder der Gebühr im Einzelfall sind Typ und Ausnutzungsgrad des Gerätes.			
1.2	Schreibauslagen			
1.2.1	Schreibauslagen, je Seite, unabhängig von der Art der Herstellung, in derselben kostenpflichtigen Angelegenheit bis zum Format DIN A3			
1.2.1.1	für die ersten 50 Seiten			0,60
1.2.1.2	für jede weitere Seite			0,17
1.2.2	Schreibauslagen, je Seite, unabhängig von der Art der Herstellung, in derselben kostenpflichtigen Angelegenheit bei größeren Formaten als DIN A3			Gebühr nach 1.1.1.3
	Anmerkung zu Nr. 1.2:			
	Schreibauslagen werden erhoben für Ausfertigungen, Fotokopien oder Abschriften, die			
	a) auf Antrag erteilt, angefertigt oder per Telefax übermittelt werden;			
	b) aus vom Kostenschuldner zu vertretenden Gründen angefertigt worden sind.			
1.3	bei außergewöhnlichen Personal- und Sachaufwendungen für die Anfertigung von Vervielfältigungen kann die Gebühr nach dem Umfang des Verwaltungsaufwandes heraufgesetzt werden um höchstens			2,50
1.4	Rückvergrößerungen von Mikrofilmen und Mikrofiches			
1.4.1	Sucharbeiten im Buch- bzw. Mikrofilmbestand zur Vorbereitung von Foto- und Vervielfältigungstätigkeiten für jede angefangene Viertelstunde			6,20
1.4.2	je Vergrößerung			
1.4.2.1	bis zum Format DIN A 4	0,60	bis	1,50
1.4.2.2	bis zum Format DIN A 3	1,20	bis	2,50

2	entfällt			
3	Akteneinsicht je angefangene halbe Stunde			12,00
4	Aufnahme von Verhandlungen, Erklärungen, Anträgen, Einwendungen je angefangene halbe Stunde	21,00	bis	32,00
5	Auskünfte aus Registern, Karteien und Konten			
5.1	wenn die Anfrage ohne besondere Ermittlung beantwortet werden kann	3,00	bis	6,00
5.2	wenn besondere Ermittlungen erforderlich sind	6,00	bis	17,00
6	Auszüge aus Bauleitplänen, Signalplänen, Signalzeitplänen u. dgl.			
6.1	Bereitstellen des Planes bzw. vorgenommene Bestimmung des Planausschnittes – je Plan			
6.1.1	Im Format DIN A 4 und DIN A 3 zuzüglich je Seite			18,00
6.1.2	Vervielfältigung im Format A 4			0,05
6.1.3	Vervielfältigung im Format A 3			0,10
6.1.4	Vervielfältigung im Format A 2 überwiegend s/w-Anteile			13,00
	überwiegend Vollfarbflächen			18,00
6.1.5	Vervielfältigung im Format A 1 überwiegend s/w-Anteile			16,50
	überwiegend Vollfarbflächen			22,00
6.1.6	Vervielfältigung im Format A 0 überwiegend s/w-Anteile			24,90
	überwiegend Vollfarbflächen			34,90
6.1.7	Vervielfältigung im Format >A 0 überwiegend s/w-Anteile			38,00
	überwiegend Vollfarbflächen			56,00
6.2	Ermäßigung des Pauschbetrages bei Mehrausfertigung der Formate DIN A 4 und DIN A 3 je Auszug auf 40 v. H. der Gebühr nach 6.1.1			
6.3	Bestellung einer Plandatei – je Plan			18,00
6.4	Negativbescheid			13,00
7	Beglaubigungen, Zeugnisse, Bescheinigungen und Ausweise			
7.1	Beglaubigungen von Unterschriften oder Handzeichen	2,00	bis	8,00
7.2	Beglaubigung von Abschriften, Ablichtungen, Vervielfältigungen und Negativen, je Seite	2,00	bis	8,00
	Anmerkung zu den Nm. 7.1 und 7.2: Bei der Ausschöpfung des Gebührenrahmens ist ausschließlich der Verwaltungsaufwand zu berücksichtigen.			
7.3	Beglaubigungen von Urkunden und Bescheinigungen für den Gebrauch im Ausland	12,00	bis	34,00
7.4	Ausstellung von Zeugnissen, Bescheinigungen und Ausweisen, wenn keine anderweitigen Gebührenregelungen bestehen	6,00	bis	230,00
8	Fotoarbeiten			
8.1	Neuaufnahmen (auch Digitalfotografie) je angefangene halbe Stunde Arbeitszeit			16,35
8.2	Abzüge und Vergrößerungen schwarz-weiß			
8.2.1	bis 9 x 12 cm bzw. 10 x 15			1,00

8.2.2	bis 13 x 18 cm	2,00
8.2.3	bis 18 x 24 cm	2,80
8.2.4	bis 30 x 40 cm	5,00
8.2.5	bis 50 x 60 cm	10,00
8.2.6	Für den Fall, dass das Labor nicht in der Lage ist, einzelne Formate herzustellen, und der Fachhandel damit beauftragt wird, gilt Nr. 8.3 entsprechend.	
8.3	Abzüge und Vergrößerungen color können nur im Fachhandel hergestellt werden. Der entsprechende Rechnungsbetrag wird als Auslagenersatz erhoben. Für die mit der Auftragsvergabe erforderlichen Tätigkeiten je Auftrag	6,65
8.4	Reproduktionen aus Büchern, von Bildern, von Vorlagen bis 50 x 60 cm	
8.4.1	Kleinbild-Negative, s/w,	3,80
8.4.2	Negative, s/w, 6 x 6 und 4 x 4	11,75
8.4.3	Kleinbild-Farbnegative	4,60
8.4.4	Farbnegative, 6 x 6	12,25
8.4.5	Kleinbild-Diapositive, gerahmt	5,85
8.4.6	Diapositive, 6 x 6 und 4 x 4	13,80
8.5	Reproduktionen von Vorlagen größer 50 x 60 cm bis 2 m	
8.5.1	Negative, s/w, 6 x 6 und 4 x 4	46,00
8.5.2	Farbnegative, 6 x 6 und 4 x 4	51,00
8.5.3	Diapositive, 6 x 6 und 4 x 4	56,00
8.6	Rahmung von Diapositiven	
8.6.1	Kleinbild	0,60
8.6.2	6 x 6 und 4 x 4	1,25
8.6.3	bei außergewöhnlichen Personal- und Sachaufwendungen für die Rahmung (z.B. besonderes Format der Vorlage) kann die Gebühr nach dem Umfang des Verwaltungsaufwandes heraufgesetzt werden um höchstens	2,00
8.7	Einräumung von Nutzungsrechten, Leih- und Wiedergabegebühr	
8.7.1	Einräumung von Nutzungsrechten an Reproduktionen je Blatt oder Ablichtung (Wiedergabegebühr)	
8.7.1.1	zur Veröffentlichung in Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zeitungen u.ä. je verwendetem Bild oder angefangener Vorlagenseite bei einer Auflage von bis zu	
	500 Exemplaren	35,75
	1.000 Exemplaren	66,45
	2.500 Exemplaren	148,25
	5.000 Exemplaren	250,00
	10.000 Exemplaren	398,80
	25.000 Exemplaren	700,45
	50.000 Exemplaren	848,70
	100.000 Exemplaren	1.022,75
	300.000 Exemplaren	1.150,40
	über 300.000 Exemplaren	1.278,20
8.7.1.2	auf Plakaten und Ansichtskarten	das Doppelte der Gebühren nach Nr. 8.7.1.1
8.7.1.3	bei Neuauflagen, Nachdrucken, Übersetzungen oder Lizenzausgaben	die Hälfte der Gebühren nach Nr. 8.7.1.1 oder Nr. 8.7.1.2

8.7.1.4	bei gleichzeitigen Publikationen in Druck und Veröffentlichung in anderen Speichermedien	Zuschlag von 25 % zu den Gebühren nach Nr. 8.7.1.1 bzw. Nr. 8.7.1.3		
8.7.1.5	Einmalige audiovisuelle Wiedergaben in Fernsehsendungen, Video- oder Filmproduktionen je Bild, je angefangener Vorlagenseite bzw. bei Filmen, Tonträgern und ähnlichen Datenträgern je angefangener Wiedergabeminute national international			250,00 501,00
	Für jede Wiederholung	Zuschlag von 50 %		
8.7.1.6	Einblendungen in Online-Medien je Bild oder je angefangener Vorlagenseite für zwei Wochen für einen Monat für drei Monate für sechs Monate für zwölf Monate			214,70 319,50 639,00 958,60 1.278,20
8.7.1.7	für Schulbücher			25,50
8.7.2	Einräumung von Nutzungsrechten an Siegelabgüssen, Siegelabdrücken u.ä.			
8.7.2.1	bei einer Auflage bis 100 Stück			35,75
8.7.2.2	bei einer Auflage über 100 bis 500 Stück			71,50
8.7.2.3	bei einer Auflage über 500 Stück je weitere angefangene 100 Stück			7,10
8.7.3	Die Gebühren nach Nr. 8.7.1 und 8.7.2 können ermäßigt werden, wenn die beantragte Nutzung zu wissenschaftlichen, kulturellen, gemeinnützigen oder sonstigen im öffentlichen Interesse stehenden Zwecken erfolgt.			
9	Video-, Medienproduktionen und -dienstleistungen			
	je angefangene halbe Stunde Arbeitszeit			30,50
10	Genehmigungen, Erlaubnisse, Ausnahmegewilligungen			
	Genehmigungen, Erlaubnisse, Ausnahmegewilligungen und andere zum unmittelbaren Nutzen der Beteiligten vorgenommene Amtshandlungen, wenn keine andere Gebühr vorgeschrieben ist	12,00	bis	2.060,00
11	Verwaltungstätigkeiten, die nach Art und Umfang in der Gebührensatzung nicht näher bestimmt werden können und die mit besonderer Mühewaltung verbunden sind, für jede angefangene halbe Stunde	17,00	bis	29,00
12	Übermittlung von Dokumenten, Entscheidungen etc. durch Telefaxgeräte			
12.1	innerhalb der Bundesrepublik Deutschland je Übermittlung bis zu zwei Seiten je weitere Seite			3,60 0,90

12.2	ins Ausland		
	je Übermittlung bis zu zwei Seiten		5,45
	je weitere Seite		1,40
13	entfällt		
14	Statistik, Recherche		
	Schriftliche Auskünfte		
14.1	Für die erste angefangene halbe Arbeitsstunde		25,00
14.2	je weitere angefangene Viertelstunde		12,50
14.3	zusätzlich bei Einsatz von automatischen Datenverarbeitungsanlagen,		
	- für die erste angefangene halbe Arbeitsstunde		3,30
	- für jede weitere angefangene Viertelstunde		1,65
14.4	Bei Inanspruchnahme der KOSYNUS wird ein Auslagenersatz in entsprechender Höhe in Rechnung gestellt		
14.5	Abgabe auf Datenträger (Diskette, CD-ROM), je Datenträger zusätzlich		4,00
14.6	Sonstige Druckstücke, Tarife u. dgl.		
	je Seite		0,17
15	Vermessungskosten		
15.1	Vermessungskosten für Liegenschaftsvermessungen richten sich nach der Kostenordnung für das amtliche Vermessungswesen (KOVerm) in der jeweils geltenden Fassung . (zurzeit in der Fassung vom 11. September 2008)		
15.2	Vermessungskosten für vermessungstechnische Leistungen werden nach der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) in der jeweils geltenden Fassung berechnet . (zurzeit in der Fassung vom 11. August 2009)		
16	Vermögensverwaltung		
16.1	Vorrangseinräumungs-, Pfandentlassungs- und sonstige Erklärungen	30,00	90,00
16.2	Löschungsbewilligungen		30,00
16.3	Ausstellung eines Zeugnisses über das Nichtbestehen bzw. die Nichtausübung eines Vorkaufsrechtes (Die Kosten werden nur für die Zeugniserteilung selbst erhoben)		65,00
17	Übernahme von Bürgschaften, Verpflichtungen aus Gewährverträgen und Bestellung ähnlicher Sicherheiten		
17.1	bis zu 500.000 €		750,00
17.2	bis zu 500.000 €		1.000,00
18	Zweitausfertigungen und für jede weitere Ausfertigung von verloren- gegangenen Ausweisen, Bescheiden, Quittungen, Verträgen, Zeugnissen u. ä. im Format bis DIN A 4 je angefangene Seite		2,50

19	Abgabe von Verdingungsunterlagen			
19.1	bis zu 10 Seiten			2,00
19.2	bis zu 20 Seiten			4,00
19.3	bis zu 30 Seiten			6,00
19.4	bis zu 40 Seiten			8,00
19.5	bis zu 50 Seiten			10,00
19.6	bis zu 100 Seiten			20,00
19.7	über 100 Seiten			30,00
19.8	auf Datenträger (Diskette, CD-ROM), je Datenträger			5,00
20	Genehmigung und Überwachung von Arbeiten, die für Rechnung Dritter von Unternehmen an Straßen, Plätzen, Kanälen und sonstigen Anlagen ausgeführt werden, je angefangene Stunde der Beaufsichtigung einschließlich Anmarschweg von der Dienststelle oder von der vorhergehenden Baustelle			56,00
	Sofern die vorhergehende Baustelle weiter entfernt liegt als die Dienststelle, ist für die Berechnung des Zeitaufwandes nur der Weg von der Dienststelle bis zur Baustelle zugrunde zu legen.			
21	Feststellungen, Besichtigungen, Gutachten, Bauleitungen, Auszüge, technische Arbeiten, Beratung, und zwar für			
21.1	Büroarbeiten je angefangene halbe Stunde			28,00
21.2	Außenarbeiten je angefangene halbe Stunde einschl. Anmarschweg von der Dienststelle bzw. von der vorhergehenden Baustelle Tarif-Nr. 20 Satz 2 gilt entsprechend			28,00
22	Leistungen des Bereichs Stadtentwässerung			
22.1	Genehmigung für Bau, Änderung und Betrieb von Grundstücksentwässerungsanlagen			
22.1.1	Erteilung	30,00	bis	1.600,00
22.1.2	Verlängerung, Änderung	50 v. H. v. lfd. Nr. 22.1.1		
22.2	Erteilung einer Befreiung von Anschluß- und Benutzungszwang für Stadtentwässerung und Grubenentsorgung	20,00	bis	300,00
22.3	Anlagen- und Betriebskontrollen sowie Abnahmen und Prüfungen von Grundstücksentwässerungsanlagen, je angefangener halber Stunde	20,00	bis	33,00
22.4	Zulassung von Fachbetrieben (Abschnitt VIII der Abwassersatzung)			
22.4.1	Erstmalige Aufnahme in das Register der zugelassenen Fachbetriebe (gültig für zwei Jahre)			
	a) Zulassungsbereich Anschlusskanal			310,00
	b) Zulassungsbereiche innerhalb/unterhalb von Gebäuden			260,00
	c) Zulässigkeitsbereich Inspektion und Dichtheitsprüfung von Grundstücksentwässerungsanlagen			260,00
22.4.2	Folgebescheinigung (gültig für zwei Jahre)			130,00
22.4.3	Gebühr für die Vorlage einer Anzeige (Sofern nach einer Regel-Überwachung Mängel zu beseitigen sind, werden für die erneute Überprüfung Gebühren nach Ziffer 22.3 erhoben)			30,00

23	Bestätigung über Erschließung im Sinne des Baugesetzbuches			
	(§ 69 a Abs. 1 Nr. 5 der Niedersächsischen Bauordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Februar 2003, Nds. GVBl. S. 89, zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 14. November 2006, Nds. GVBl. S. 530)			51,00
24	Zustimmung zur Verlegung neuer Telekommunikationslinien bzw. zur Änderung vorhandener Telekommunikationslinien			
	(§ 68 Abs. 3 des Telekommunikationsgesetzes vom 22. Juni 2004 - BGBl I, Nr. 29, Seite 1190, 1215, zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. August 2009 - BGBl I, Seite 2821)			
	je Zustimmung			90,00
25	Leistungen des Gesundheitsamtes			
25.1	vertrauensärztliche Untersuchungen, Beratungsleistungen und Gutachtertätigkeit des Gesundheitsamtes (ohne technische Untersuchungsleistungen)	5,00	bis	357,90
25.2	Reiseimpfungen und entsprechende Prophylaxemaßnahmen			
25.2.1	Gelbfieberimpfung	35,75	bis	46,00
25.2.2	Choleraimpfung (oral)	46,00	bis	61,00
25.2.3	Hepatitis-A-Impfung (2-fach-Impfung) je Impfung	56,20	bis	76,00
25.2.4	Hepatitis-A-und B-Kombinationsimpfung (3-fach-Impfung) je Impfung	66,40	bis	81,80
25.2.5	Tetanus-/Diphtherie-Kombinationsimpfung	10,00	bis	25,50
25.2.6	Typhusimpfung	35,75	bis	56,20
25.2.7	Malariaphylaxe	12,75	bis	20,00
25.2.8	Beratung, Rezept, sonstige Impfungen (z.B. Tollwut, Meningokokken, etc.)	20,00	bis	30,60
25.2.9	darüber hinausgehende Leistungen/Impfungen	10,00	bis	102,00
25.3	Diagnostik sexuell übertragbarer Erkrankungen	10,00	bis	25,50
25.4	Laboruntersuchungen	5,00	bis	76,00